



Impressum

Herausgeber

Präventionsrat Frankfurt am Main
Kurt-Schumacher-Straße 45
60313 Frankfurt am Main

Redaktion

Frank Goldberg, Ingrid Alimbertis
Jürgen Krusch
Geschäftsstelle des Präventionsrates
Frankfurt am Main

Ansprechpartner

Frank Goldberg
Telefon: (0 69) 2 12-3 54 43
E-Mail: frank.goldberg@stadt-frankfurt.de

Fotos

Präventionsrat Frankfurt am Main, Sportjugend
Hessen, Polizeipräsidium Frankfurt, LGS GmbH

Konzept, Gestaltung, Gesamtherstellung

LGS GmbH · Litho/Grafik/Satz
Rheinstraße 29
60325 Frankfurt am Main

www.praeventionsrat.stadt-frankfurt.de

engagieren – vernetzen – vorbeugen

Kriminalprävention

in Frankfurt am Main



STADT  FRANKFURT AM MAIN
DER PRÄVENTIONS RAT

Fotosplitter

In Frankfurt läuft alles zusammen – Stadtverwaltung läuft für Zivilcourage

JP Morgan Chase Corporate Challenge Lauf 2006



JP Morgan Chase Corporate Challenge Lauf 2005



Ein Team, eine Stimme – Stadtverwaltung engagiert sich für Zivilcourage

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Präventionsrat Frankfurt am Main	5
Schaubild Präventionsstruktur	6
Geschäftsstelle des Präventionsrates	7
Arbeitskreis „Sicherheit“	8
Arbeitskreis „Jugend und Prävention“	10
Arbeitskreis „Frauen“	11
Arbeitskreis „Drogen“ (Montagsrunde)	12
Arbeitskreis „Jour fixe Schwule und Lesben“	14
Arbeitskreis „Anti-Graffiti Frankfurt Rhein Main“	16
Arbeitskreis „Planung und Sicherheit“	17
Arbeitskreis „Sport + Gewalt + Prävention“	18
Sicherheitskoordination Innenstadt (SKI)	20
Regionalräte	21
Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“	30
Kriminalpräventive Frühwarnsysteme	32
Regionalkonferenz „RheinMain Sicherheit und Prävention“	33
Städtenetzwerk für mehr Toleranz und Gewaltlosigkeit	34
10 Jahre Frankfurter Präventionsrat – Interview mit Frank Goldberg	35
Fotosplitter	2, 36 – 39

Vorwort



Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten ist unbestritten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss infolgedessen von allen Gruppen und Gesellschaftskreisen getragen werden.

Bis Anfang der neunziger Jahre stand bei der Verbesserung der Sicherheit in Frankfurt am Main ein repressiver Ansatz im Vordergrund. Dieses traditionelle Verständnis der Kriminalitätsbekämpfung hat nur eine begrenzte Wirkung gezeigt. Die wachsenden Herausforderungen bei der Gewährleistung der Sicherheit machen es zwingend erforderlich, der Verbrechenvermeidung einen angemessenen Stellenwert neben der aktuellen Verbrechenbekämpfung einzuräumen. Dieser Aufgabe und dieser Verantwortung haben sich die Stadt Frankfurt am Main und das Polizeipräsidium Frankfurt mit der Gründung des Präventionsrates am 22. Juli 1996 gestellt.

Primäres Ziel der Arbeit im Präventionsrat ist es, frühzeitig und nachhaltig dort einzugreifen, wo die Ursachen für Kriminalität entstehen. Der lokalen Ausrichtung hat der Präventionsrat mit der Gründung von 14 regionalen Präventionsräten (Regionalräte) in den Stadtteilen Rechnung getragen. Unterstützt wird der Präventionsrat durch behördenübergreifende Arbeitskreise wie den Arbeitskreis „Sicherheit“, den Arbeitskreis „Jugend und Prävention“ und den Arbeitskreis „Drogen“. Mit diesen Arbeitskreisen ist eine ressortübergreifende Vernetzung gewährleistet, die Effizienz und Zielorientiertheit bei der Aufgabenerledigung garantiert.

Wichtig ist, dass Kriminalprävention in der Verwaltung als Querschnittsaufgabe verstanden und wahrgenommen wird und die Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement für Sicherheit und Zivilcourage Unterstützung erfahren. Mit der Geschäftsstelle des Präventionsrates verfügt Frankfurt über eine professionelle und bundesweit als vorbildlich anerkannte Koordinierungs- und Servicestelle, die als Querschnittsreferat maßgeblicher Impulsgeber der Kriminalprävention in Frankfurt am Main ist.



Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt und die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist in Frankfurt tatsächlich gering. Die Vermittlung eines Sicherheitsgefühls, das sich an der realen Situation orientiert, ist eine Aufgabe der kommunalen Kriminalprävention. Mit der seit 1997 erfolgreich andauernden Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ hat der Präventionsrat breite Kreise der Frankfurter Bevölkerung zur Zivilcourage motiviert und ist Vorreiter für die mittlerweile hessenweite Aktion. Mit der Gründung der Regionalkonferenz „RheinMain Sicherheit und Prävention“ ist nunmehr auch die überregionale Verknüpfung wichtiger Themenfelder erfolgt.

Das Frankfurter Präventionsmodell mit seiner vernetzten Zusammenarbeit, seiner lokalen Orientierung und seinen klaren Verantwortlichkeiten ist mittlerweile zu einem in der Bundesrepublik Deutschland anerkannten und vielfach kopierten Vorbild geworden.

Allen, die im Frankfurter Präventionsnetzwerk mitwirken, sei herzlicher Dank gesagt, insbesondere den vielen ehrenamtlichen Helfern und Mitgliedern der Frankfurter Regionalräte.

Petra Roth
Oberbürgermeisterin

Dr. Achim Thiel
Polizeipräsident

In Kenntnis,

- dass das gesellschaftliche Problem sozial abweichenden Handelns mit der Tendenz hin zur Kriminalität nicht nur durch Repression allein bewältigt werden kann,
- dass die Vielfalt und Bündelung der Problemursachen besonders in Frankfurt am Main zu einer die persönliche Lebensfaltung beeinträchtigenden Situation für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger geführt hat,
- dass diese Entwicklung das subjektive Sicherheitsgefühl weite Kreise der Bevölkerung beeinträchtigen kann,
- dass hierdurch das Gemeinwesen in unserer Stadt, das Wirtschaftsleben ebenso wie die soziale Kommunikation in den Wohnquartieren und in den innerstädtischen Zentren bedroht wird,
- dass die hierfür verantwortlichen Ursachen vielfach präventable Bereiche darstellen,

sind die Stadt Frankfurt am Main, das Polizeipräsidium Frankfurt am Main und die Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt am Main übereingekommen, im Rahmen eines **Präventionsrates** zusammenzuarbeiten und die jeweiligen Aufgaben mit dem Ziel der Kriminalprävention zu koordinieren.

Es waren also keine aktuellen Vorkommnisse, die zur Gründung des Präventionsrates in Frankfurt am Main geführt haben, sondern der Wunsch, behördenübergreifend auf dem Gebiet der Kriminalprävention zusammenzuarbeiten und gemeinsam die notwendige Sicherheitsstruktur für die Stadt Frankfurt am Main aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Dem Präventionsrat gehören an:

- Oberbürgermeister/in (Vorsitzende/r)
- Polizeipräsident/in
- Leiter/in der Staatsanwaltschaft
- Bürgermeister/in
- Sicherheitsdezernent/in
- Jugend- und Sozialdezernent/in
- Schuldezernent/in
- Integrationsdezernent/in



Der Präventionsrat hat sich zur Aufgabe gemacht, als Impulssammler und Impulsgeber kriminalpräventive Lagebilder und Problemanalysen zu bewerten, um anschließend die entsprechenden Zielsetzungen zu definieren. Die Bewertung der Kriminalitätslage durch die Repräsentanten der wichtigsten Behörden und Institutionen in der Stadt Frankfurt am Main und die gemeinsame Zielfestlegung ist für Frankfurt ein neuer und wichtiger Schritt in der Sicherheitsstrategie gewesen.

Gemeinsames Nachdenken, ausführliche Diskussion, Festlegung der Prioritäten und koordiniertes Umsetzen der als notwendig erachteten Handlungsschritte bestimmen die Arbeit im Präventionsrat. Insbesondere legt der Präventionsrat Wert darauf, dass komplexe Themenfelder auf aktuelle und durchsetzbare Ziele heruntergebrochen und die Handlungs- und Projektstrategien, falls erforderlich, in den Facharbeitskreisen weiter verfolgt und ergebnisorientiert umgesetzt werden.

Wenn Präventionsaktivitäten eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung bei den Bürgerinnen und Bürgern bewirken sollen, müssen Ziele, Aufgaben und Vorgehensweisen transparent gemacht werden. Umgekehrt müssen Sachverstand, Urteilsvermögen, Engagement, persönliche Betroffenheit und Hilfsbereitschaft des Bürgers in die örtliche Präventionsarbeit einfließen. Erfolg kann Prävention, das heißt schließlich einen spürbaren Rückgang der Kriminalität nur dann haben, wenn die Bürgerinnen und Bürger eines Stadtteils selbst ihre Meinung, ihre Arbeit und ihre Präventionsziele einbringen.

Die Gründung von dezentralen, ortsteilbezogenen Regionalräten war daher unabdingbar der erste

Schritt, den der Präventionsrat für eine präventive Akzeptanz und Erfolg eingeleitet hat. Hierbei muss auch personelle Verantwortung geschaffen und Hilfestellung gegeben werden. Der Präventionsrat hat daher veranlasst, dass ein Handlungsmuster für die Gründung erarbeitet und im Vorfeld über Präventionsgedanken und Ziele informiert und aufgeklärt wurde.

Letztendlich hat die Gründung von mittlerweile 14 regionalen Präventionsräten (Regionalräte) in den Stadtteilen der Stadt Frankfurt am Main zu einem Netzwerk lokaler Stützpunkte für die Präventionsarbeit geführt und in Zusammenarbeit aller Beteiligten vor Ort für eine spürbare Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheitslage im Stadtteil geführt.

Ein wichtiger Auftrag des Präventionsrates war es, das Phänomen der „Unkultur des Wegschauens in Notlagen“ durch eine breit angelegte Gegenstrategie aufzugreifen und gesamtgesellschaftlich entgegenzuwirken. Dieser Auftrag führte zur Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“, die seit 1997 die Stadt Frankfurt am Main begleitet und die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Zivilcourage aktiviert und wichtige hilfreiche Informationen zur Verfügung stellt.

Beispiele aus der Arbeit:

- Initiative zur Einführung von Kontaktbeamten

- Einrichtung von Regionalräten in den Stadtteilen
- Leitlinien zum Umgang mit randständigen Personen im öffentlichen Raum
- Soziale Kontrollen und Anlaufstellen in Großsiedlungen
- Belobigungen von positivem Zeugenverhalten
- Sicherheitslage am Hauptbahnhof und Kaisersack
- Initiative für Rechtskundeunterricht an Schulen
- Soziale Stadt: Ausweitung des Programms auf andere Stadtteile
- Kommunalen Beitrag zur Novellierung des Jugendschutzgesetzes
- Gemeinsame Maßnahmen gegen Internetcafés, Telefonläden und Wettbüros
- Jahresplanungen des Lenkungsausschusses zur Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ ■

Kontakt:

Geschäftsführung: Frank Goldberg
 Geschäftsstelle des Präventionsrates
 Kurt-Schumacher-Str. 45
 60313 Frankfurt am Main
 Tel.: (069) 212-35443
 Fax: (069) 212-31455

www.gewalt-sehen-helfen.de



Geschäftsstelle des Präventionsrates



Mit der Geschäftsführung für die Regionalkonferenz RheinMain Sicherheit und Prävention und der Mitarbeit u. a. im Städtenetzwerk des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK), im Chief Executive International Network (CEIN), im Netzwerk gegen Gewalt und der Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat hält die Geschäftsstelle die für die Präventionsarbeit für Frankfurt notwendigen Kontakte und Verbindungen. ■

Kontakt:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
 Kurt-Schumacher-Str. 45
 60313 Frankfurt am Main
 Tel.: (069) 212-35443
 Fax: (069) 212-31455

E-Mail:

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Zum Aufbau, zur Koordination und zur Betreuung des Frankfurter Präventionsnetzwerkes wurde im April 1999 die Geschäftsstelle des Präventionsrates eingerichtet. Dieses Präventionsreferat führt die Geschäfte des Präventionsrates, der Regionalräte, der Facharbeitskreise und ist für die Planung und Umsetzung von Strategien zur Kriminalitätsvorbeugung zuständig.

Die Geschäftsstelle koordiniert die Präventionsaufgaben – soweit städtische Dezernate oder Ämter betroffen sind – und hält Kontakt zur Polizei. Sie konzipiert und managt Projekte, Kampagnen, Veranstaltungen und Workshops und ist zentrale Servicestelle für Frankfurts regionale Präventionsräte.

Mit der Homepage www.praeventionsrat.stadt-frankfurt.de hat die Geschäftsstelle einen umfassenden und bundesweit einmaligen Informationspool für die Bürgerinnen und Bürger aufgebaut, in dem alle wichtigen Informationen zum Thema Kriminalitätsvorbeugung enthalten sind.

Eine wichtige Aufgabe der Geschäftsstelle ist auch die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Kriminologie und die Umsetzung eigener Forschungsvorhaben. So haben z. B. die durchgeführten Stadtteilmfragen, aber auch die Schüler- und Seniorenbefragungen im Rahmen des „Projekts 50+“ wichtige Erkenntnisse zu einer besseren Kriminalitätseinschätzung und -bekämpfung geliefert.

Von zunehmender Bedeutung ist die nationale und internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalprävention, da auch der überregionale Informations- und Erfahrungsaustausch entscheidend dazu beiträgt, frühzeitig die Ursachen für neue Kriminalitätseentwicklungen aufzudecken und Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Arbeitskreis „Sicherheit“



Mit Verfügung der Oberbürgermeisterin hat sich der Arbeitskreis „Sicherheit“ unter Leitung des Sicherheitsdezernenten am 2. Oktober 1996 konstituiert. Aufgabe des Arbeitskreises ist es, den gesamten komplexen Bereich Kriminalität und Sicherheit in seinen unterschiedlichen Fassetten und Problemstellungen zu beleuchten und die notwendigen Handlungsschritte einzuleiten.

Zu Beginn der Arbeit wurde festgestellt, dass sich im Stadtgebiet überproportional viele nicht-deutsche Intensivtäter aufhalten. Eine relativ kleine Zahl an Tätern war verantwortlich für eine große Deliktzahl. Deshalb wurde die Arbeitsgruppe GAI (Gemeinsame Arbeitsgruppe ausländische Intensivstraftäter) gegründet, um in Zusammenarbeit von Polizei und Ausländerbehörde aufenthaltsbeendete Maßnahmen zu forcieren und umzusetzen. Im Rahmen einer Unterarbeitsgruppe wurden auch auffällige Schwerpunkte des Drogenhandels unter anderem in der Braubachstraße angegangen und unter Einbeziehung



des Sachverständigen der Anlieger die erforderlichen Maßnahmen und Gegenstrategien erfolgreich umgesetzt.

Die Beratung über eine Konzeption des Einsatzes von Videoüberwachung im öffentlichen Raum mit dem Ziel, dauerhaft Kriminalität zu reduzieren, führte zu einem Pilotprojekt an der Konstablerwache. Da sich die objektive Kriminalitätslage als auch das subjektive Sicherheitsempfinden in diesem Bereich verbessert haben, wurde die Installation von weiteren Kameras im Bereich der Kaiserstraße veranlasst.

Die Beurteilung des Umgangs mit Internetcafés, Telefonläden und Wettbüros unter kriminalitätsbekämpfendem Gesichtspunkt veranlasste den Arbeitskreis zur einer genauen Analyse der Rechtslage und vorhandener Eingriffsmöglichkeiten. Die im Rahmen eines Rechtsgutachtens aufgezeigten Lösungen sind Ausgangspunkt für weiteres Verwaltungshandeln.

Damit kriminalpräventive Belange bei der Aufstellung von Bebauungsplänen und bei der Gestaltung des öffentlichen Raums Berücksichtigung finden, wurde auf Initiative des Sicherheitsdezernenten ein Arbeitskreis eingerichtet, der sich auf gemeinsame Planungsprinzipien verständigen soll. Dazu gehört u. a., dass polizeiliche Erkenntnisse rechtzeitig in Planungsvorhaben einfließen. Das Frankfurter Polizeipräsidium wird nun im Behördenbeteiligungsverfahren des Stadtplanungsamts frühzeitig eingebunden, so dass Vorschläge in Planungsvorhaben Berücksichtigung finden können.

Mitglieder sind:

- Polizei
- Ordnungsamt
- Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main
- Rechtsamt
- Amt für multikulturelle Angelegenheiten
- Stabsstelle Sauberes Frankfurt
- Dezernate Sicherheit, Gesundheit, Planung und Recht
- Saalbau GmbH (Jugend- und Sozialamt) (Stadtplanungsamt) (Bauaufsicht)

Beispiele aus der Arbeit:

- Sicherheitsstrategien bei Großdemonstrationen, wie z. B. am 1. Mai
- Jugendschutzmaßnahmen
- Strukturaufbau der Notrufsysteme in Frankfurt am Main
- Sicherheitssituation u. a. im Kaisersack, Bockenheim, Leipziger Straße, Berger Straße
- Situation und Gefährdungspotenzial durch die Crackszene

Kontakt:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35443
Fax: (069) 212-31455

E-Mail:

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de



Arbeitskreis „Jugend und Prävention“



Der Arbeitskreis „Jugend und Prävention“ unter Leitung des Sozialdezernenten beschäftigt sich vornehmlich mit Fragen der Delinquenz von Kindern und Jugendlichen und mit Strategien gegen Devianz fördernde Strukturen. Dem Arbeitskreis gehören unter anderem Vertreter der Justiz, der Polizei, des Jugend- und Sozialamtes, der freien Träger der Jugendarbeit und der Prävention an. Einen wichtigen Indikator für die Lagebeurteilung des Arbeitskreises bilden die Jahresberichte der Jugendkoordinatoren der Polizei und der Jugendgerichtshilfe.

Beispiele aus der Arbeit:

- Konsequenzen aus den Jahresberichten der Jugendkoordinatoren und der Jugendgerichtshilfe
- Stadtteilprojekt und Perspektiven Heinrich-Lübke-Siedlung
- Vorstellung der Umfrage zum Drogengebrauch von Frankfurter Schülern/-innen
- Erhebung und Empfehlungen zur Prävention von Schulverweigerung
- Umsetzung des hessischen Programms „Prävention im Team“ in der Modellregion Frankfurt am Main/Offenbach
- Vorgezogenes Jugendstrafverfahren
- Präventive Arbeit im Bereich des Jugend- und Jugendmedienschutzes
- Fachtagung Frankfurter Präventionsmodelle
- Kooperation zwischen Polizei und Jugendamt
- Vorstellung der Arbeit des Präventionsrates und des Arbeitskreises „Jugend und Prävention“ im Jugendhilfeausschuss ■

Kontakt:

Jugend- und Sozialamt
51. F13
Brigitte Henzel
Eschersheimer Landstraße 241–249
Tel.: (069) 212-36434



Arbeitskreis „Frauen“



Ein Informationsflyer wurde in sechs Sprachen erstellt unter dem Motto „Ihr Mann/Partner schlägt und/oder demütigt Sie“. Ziel dieser Aktionen ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger Frankfurts bei häuslicher Gewalt nicht wegschauen. Eine Hotline, eingerichtet bei der Beratungsstelle Frauennotruf, bietet eine telefonische Erstberatung an. ■

Kontakt:

Stadtverwaltung Frankfurt am Main
11C – Frauenreferat
60275 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35319

E-Mail:

info.frauenreferat@stadt-frankfurt.de

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35443
Fax: (069) 212-31455

E-Mail:

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Nachdem die Bundesregierung das so genannte Gewaltschutzgesetz (amtliche Bezeichnung: Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen, sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehwohnung bei Trennung) in Kraft gesetzt hatte, wurde im Nachgang durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt beschlossen, eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne durchzuführen.

Die Facharbeitsgruppe Frauen des Präventionsrates hat hierzu eine Plakataktion entwickelt unter dem Motto „Gewalt ist nie privat!“. Ausdruckslos starrt das Gesicht auf sein Gegenüber: „Liebe macht blind“ – steht auf einem Auge geschrieben – „Gewalt macht stumm“, prangert auf dem geschlossenen Mund. Er sagt nichts. Ein anderes Plakatmotiv trifft die Aussage: „Der Partner fürs Leben – kann das Leben zur Hölle machen“. Diese beiden Plakate sollen einen Beitrag leisten, um die Öffentlichkeit auf das Problem der Gewalt in privaten Haushalten aufmerksam zu machen.

Prominente Unterstützung erhielt der Arbeitskreis „Frauen“ von dem Basketball-Bundesligisten Opel Skyliners. Die Mannschaft aus Frankfurt stellte sich unter dem Slogan „Ein Team, eine Stimme: Gewalt ist nie privat!“ für ein weiteres Plakatmotiv kostenlos zur Verfügung.

Mit dem „Aktionsplan Gewaltschutzgesetz“ hat der Arbeitskreis ein Arbeitsprogramm zur kommunalen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes erarbeitet, das für die nächsten Jahre Arbeitsauftrag verschiedener Institutionen und Ämter der Stadt Frankfurt sein wird.

Beteiligt sind:

- Amt für multikulturelle Angelegenheiten
- Amt für Wohnungswesen
- Beratungsstelle Frauennotruf
- Frankfurter Verein Frauen helfen Frauen e.V.
- Frauenreferat
- Geschäftsstelle des Präventionsrates
- Jugend- und Sozialamt
- Broken Rainbow e.V.
- Polizeipräsidium Frankfurt
- Stadtgesundheitsamt



Arbeitskreis „Drogen“ (Montagsrunde):



Die „Montagsrunde“ – auch AK Drogen genannt – berät als Facharbeitskreis des Präventionsrates den Magistrat und erarbeitet Empfehlungen für den Umgang mit Problemen der Stadtgesellschaft, die durch Drogenkonsum und Drogenhandel hervorgerufen werden.

Die „Montagsrunde“ wurde auf Initiative der Frankfurter Polizeiführung eingerichtet. Nach jahrelanger Erfahrung mit einer ständig wachsenden offenen Drogenszene und der Erfahrung, dass zwar viele Institutionen mit der Drogenproblematik befasst, aber niemand wirklich zuständig war, wandte sich die Polizeiführung damals an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Benötigt und institutionalisiert wurde ein mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattetes Gremium, das ein gezieltes, konzertiertes und kooperatives Reagieren auf Probleme im Drogenbereich ermöglicht.

Unter dem Vorsitz des jeweiligen Gesundheitsdezernenten nehmen seitdem an den Sitzungen der „Montagsrunde“ nicht nur Vertreter des Polizeipräsidiums, des Stadtgesundheitsamtes, des Ordnungsamtes, des Jugend- und Sozialamtes teil, sondern auch Vertreter der Geschäftsstelle



des Präventionsrates, der Staatsanwaltschaften beim Oberlandes- und Landgericht, des Staatlichen Schulamtes sowie der Träger der Frankfurter Drogenhilfe und das Drogenreferat der Stadt Frankfurt am Main. Das im Jahre 1989 neu eingerichtete Drogenreferat ist mit der Geschäftsführung beauftragt und hat den stellvertretenden Vorsitz.

Die „Montagsrunde“ hat die Aufgabe, Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Drogenhilfesystems in Abstimmung mit den repressiven Strategien von Polizei und Justiz zu entwickeln. Das übergeordnete Ziel der Arbeit der „Montagsrunde“ besteht darin, durch die Reduzierung der Auswirkungen des Drogenkonsums sowohl die Lebensqualität der abhängigen Konsumenten als auch der nicht abhängigen Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern. Diese allgemeine Funktionsbestimmung der „Montagsrunde“ gilt noch immer.



Die Anerkennung der „gleichberechtigten Berücksichtigung“ des repressiven und des helfenden Teils von „Drogenpolitik“ im Selbstverständnis der „Montagsrunde“ und damit im Bewusstsein ihrer Mitglieder war nicht von Anfang an selbstverständlich und ist Ergebnis eines langen und intensiven Entwicklungsprozesses. Verdeutlichen mag dies ein Zitat des damaligen Polizeivizepräsidenten Frerichs anlässlich des 10-jährigen Bestehens der „Montagsrunde“ 1998: „Hatte es anfangs noch intensivste Auseinandersetzungen gegeben, wird inzwischen nicht nur am gleichen Strick gezogen, sondern auch in die gleiche Richtung.“

Was hat die „Montagsrunde“ bewirkt?

Das bekannteste Beispiel ist sicherlich die Räumung der offenen Drogenszene in der Frankfurter Taunusanlage, in der sich Anfang der 90er-Jahre bis zu tausend Abhängige täglich aufhielten. Damals waren sich alle Mitglieder der „Montagsrunde“ – auch Polizei und Staatsanwaltschaft – einig, dass eine Auflösung der offenen Drogenszene in der Taunusanlage nur dann möglich sein wird, wenn vorher Alternativen für die Drogenabhängigen eingerichtet werden und mit der Räumung zugleich auch Angebote verbunden waren: im Wesentlichen die Einrichtung von Krisenzentren, von Wohnmöglichkeiten für Obdachlose, eine deutliche Ausweitung des Methadonprogramms und des Spritzenaustauschs sowie die Intensivierung der medizinischen Betreuung.

Darüber hinaus war die „Montagsrunde“ beteiligt an:

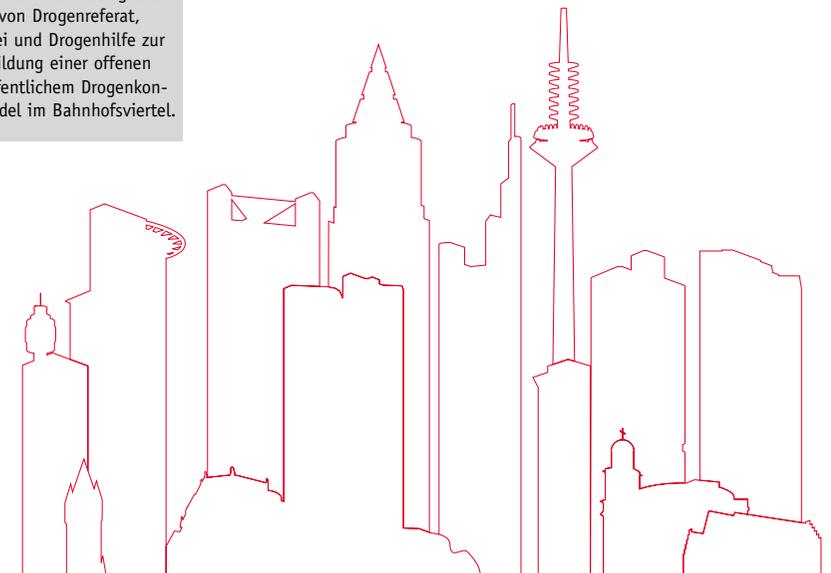
- der Einrichtung von Drogenkonsumräumen
- der Einrichtung des Crack-Street-Projekts
- der Begleitung des Modellprojekts zur heroingestützten Behandlung von Opiatabhängigen
- und – jüngstes Beispiel – an der Einrichtung des Projekts „OSSIP“ (Offensive Sozialarbeit, Sicherheit, Intervention, Prävention): ein gemeinsames – sehr erfolgreich laufendes – Projekt von Drogenreferat, Ordnungsamt, Polizei und Drogenhilfe zur Unterbindung der Bildung einer offenen Drogenszene mit öffentlichem Drogenkonsum und Drogenhandel im Bahnhofsviertel.

Nur in dieser engen Kooperation gelang es, auch umstrittene Projekte wie z. B. die Konsumräume oder die heroingestützte Behandlung innerhalb der Stadtgesellschaft durchzusetzen. Diese Beispiele weisen auf die Bedeutung und den Einfluss der „Montagsrunde“ in Frankfurt hin.

Diese inzwischen etablierte und anerkannte Form der Zusammenarbeit der „Montagsrunde“ besteht nunmehr seit fast zwei Jahrzehnten, wobei das Ziel das gleiche bleibt: die Situation sowohl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger als auch der Abhängigen selbst an entscheidenden Punkten zu verbessern. ■

Kontakt:

Regina Ernst
Leiterin des Drogenreferates
Berliner Straße 25
60311 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-30121



Arbeitskreis „Jour fixe Schwule und Lesben“



Im Rahmen der gewaltpräventiven Arbeit hat der Magistrat mit dem Arbeitskreis „Jour fixe Schwule und Lesben“ eine Arbeitsebene geschaffen, die seit Gründung im Jahre 2000 sich erfolgreich um das Themenfeld Gewalt und Kriminalität gegen Schwule und Lesben kümmert hat.

Mitglieder sind:

- Die Kontaktbeamten/-innen für Schwule und Lesben der Frankfurter Polizei
Anmerkung: Um ein realistisches Bild für das Ausmaß der Gewalt gegen Schwule und Lesben zu erhalten, muss das Hellfeld vergrößert werden, das heißt, Schwule und Lesben müssen motiviert werden, sich bei der Polizei zu melden und Anzeige zu erstatten. Die polizeilichen Kontaktbeamten/-innen stellen hierbei einen wesentlichen Baustein dar. Sie haben ihre Arbeit im Jahr 2000 aufgenommen mit offizieller Weisung des Polizeipräsidentiums.
- Vertreter vom schwulen Antigewaltprojekt „Unschlagbar“
- Vertreterin des lesbischen Antigewaltprojektes von „Broken Rainbow e.V.“
- Vertreter des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main

Der Jour fixe wurde als regelmäßiges Treffen konzipiert, um verschiedene Konflikt- und Problemfelder, die mit dem Thema Homosexualität verbunden sind, zu erörtern und Lösungen anzustreben. Dazu gehört insbesondere eine gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit.

Im Bereich der Antigewaltarbeit haben sich verschiedene Problembereiche herauskristallisiert:

- Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transidenten
- Vorurteile der Bevölkerung gegenüber lesbischen und schwulen Bürgerinnen und Bürgern, die auch zu gewalttätigen Übergriffen gegen diese geführt haben und führen können
- Geringe Anzeigenquote der von Gewalt betroffenen Lesben und Schwulen
- Konflikte mit kommunalen Ordnungskräften bezüglich des Umgangs mit Schwulen auf öffentlichen Toiletten sowie zweckwidrige Nutzung der öffentlichen Bedürfnisanstalten in einer für Dritte beeinträchtigenden Art

Gewalt in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften:

- Tabuisierung des Themas innerhalb der lesbischen und schwulen Subkulturen
- Einbettung der vorhandenen Strukturen- bekämpfung häuslicher Gewalt
- Fehlende Anlaufstelle für Betroffene



Maßnahmen

Im Bereich der Gewalt gegen Lesben und Schwule wurden folgende Konzepte entwickelt und folgende Maßnahmen durchgeführt:

Erstmals zum Christopher-Street-Day (CSD) 1999 hat der Präventionsrat eine Plakatkampagne des Frankfurter Forums unterstützt: „Keine Gewalt gegen Lesben und Schwule“ in acht verschiedenen Sprachen.

Es wurde eine Kampagne entwickelt, die es betroffenen Lesben und Schwulen erleichtern soll, den Schritt zur Polizei zu gehen. Diese Kampagne enthält folgende Bausteine:

Nicht wegsehen – bei Gewalt gegen Schwule und Lesben!

Unter diesem Motto entwickelte der „Jour fixe Schwule und Lesben“ des Präventionsrates die Kampagne für das Hinsehen bei Gewalt gegen diesen Personenkreis. Leider ist es für Betroffene immer noch keine Selbstverständlichkeit eine Straftat bei der Polizei anzuzeigen. Um diese Hemmnisse abzubauen, wurde ein Flyer entwickelt, in dem die Anzeige schon integriert ist und nur noch ausgefüllt zu werden braucht. Auch die Kontakte zur Polizei und den Beratungsstellen sind dem Flyer zu entnehmen. Die Flyer wurden von Mitgliedern des Arbeitskreises gemeinsam mit Beamten der Frankfurter Polizei in Lokalen und bekannten Treffpunkten ausgelegt.

In Anlehnung an diesen Flyer wurde eine Notfallkarte im Scheckkartenformat entwickelt. Diese wurde erstmals zum CSD in Frankfurt der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Interesse an dieser Notfallkarte belegt, wie wichtig es für die Betroffenen war, solche Informationen zu erhalten. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des „Jour fixe Schwule und Lesben“ war der Abschlussbericht für den runden Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt. Der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt ist ein besonders sensibler Bereich. Althergebrachte Vorurteile beherrschten oft Kommunikation und Handlungsverhalten. Vorurteile müssen abgebaut werden. Hierzu wurden Empfehlungen für das weitere Vorgehen der Stadt im Umgang mit homosexuellen Menschen ausgesprochen.

Am 7. Februar 2006 hat der Arbeitskreis zur Fachtagung „Neue Tendenzen der Hasskriminalität gegen soziale Minderheiten“ ins Polizeipräsidentium eingeladen. Diese Tagung beleuchtete die zunehmende gewalttätige Einstellung vor allem junger Männer mit Migrationshintergrund, deren Intoleranz das Zusammenleben in Deutschland belasten könnte. Es wurde mit Experten gemeinsam untersucht, ob sich neue abzeichnende Phänomene der Hasskriminalität zu einem erkennbaren Trend verfestigt haben, was die Motivation der Täter ist und was die Kennzeichen ihrer Taten. Für die nächste Zeit ist geplant, die Fachtagung fortzusetzen. Thema dieser Tagung wird sein, mit welchen präventiven Maßnahmen auf die zunehmenden Tendenzen der Hass- und Vorurteilkriminalität reagiert werden muss. ■

Kontakt:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35443
Fax: (069) 212-31455

E-Mail:

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de



Arbeitskreis „Anti-Graffiti Frankfurt Rhein Main“



Graffiti, Vandalismus und Sachbeschädigung verringern die Attraktivität einer Großstadt und verursachen einen nicht unerheblichen finanziellen Schaden. Um die illegalen Graffiti und den Vandalismus besser bekämpfen zu können, haben die Stadt Frankfurt am Main, der RMV, die Deutsche Bahn AG, die Verkehrsgesellschaft Frankfurt, die Mainova AG, die AGB Frankfurt Holding, die Polizei Hessen und die Bundespolizei in einem Kooperationsvertrag vereinbart, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und auf dem Gebiet kooperativ zusammenzuarbeiten. Auf Anregung der Geschäftsstelle des Präventionsrates hat man sich frühzeitig der Situation in der U-Bahn-Station Römerstadt angenommen. Neben der Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes wurde ein gemeinsames Projekt mit der benachbarten Schule auf den Weg gebracht, um die U-Bahn-Station schöner zu gestalten.

„Gemeinsam gegen Graffiti und Vandalismus“ ist eine Plakataktion, die auf Anregung des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen dieses Arbeitskreises umgesetzt wurde. Ziel ist, die Öffentlichkeit gegen Graffiti und Vandalismus zu sensibilisieren und eine gemeinsame Hotline anzubieten, wo Bürgerinnen und Bürger sachdienliche Hinweise geben können. Daneben



werden auch für Hinweise, die zur Ergreifung von Tätern führen, Belohnungen gezahlt. Der Arbeitskreis erhofft sich mit dieser Aktion eine generalpräventive Wirkung auf mögliche Straftäter.

Die Verbesserung der Kommunikations- und Verfahrensabläufe bei der Ahndung von Graffiti stand im Vordergrund der jüngsten Arbeit des Arbeitskreises. Auch die Idee, den Täter-Opfer-Ausgleich zu stärken und in das Verfahren einzubinden, wurde ausführlich diskutiert.

Ein besonderer Wunsch des Arbeitskreises ist es, im Rahmen von individueller Täterarbeit junge Menschen vom illegalen Sprühen abzubringen. Nicht Geldbußen und Gefängnis sind in der Regel bei Ersttätern zum Erreichen dieses Zweckes geeignet, sondern die Ableistung von Arbeitsstunden in gemeinnützigen Vereinen.

Im Rahmen der Ausarbeitung präventiver Konzepte wurde auch verstärkt auf die lokalen Ursachen für die Entstehung von Graffiti geachtet. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit der Paul-Hindemith-Schule eine Verschönerungsaktion zur Vorbeugung von Graffiti durchgeführt. Wichtige Erkenntnisse hat auch die Fachkonferenz Graffiti der Regionalkonferenz RheinMain Sicherheit und Prävention im Jahre 2004 gebracht. So ist es wichtig, dass bei der Bekämpfung von illegalen Graffiti die Maßnahmen auf dem Gebiet der Beseitigung, Information und Strafverfolgung in der Region standardisiert werden. Die Fachkonferenz hat auch gezeigt, dass auf dem Gebiet der Bekämpfung illegaler Graffiti über die Stadtgrenzen hinaus mit anderen Gebietskörperschaften Kooperationen eingegangen werden müssen. Mit seiner neu gestalteten Homepage www.anti-graffiti-rheinmain.de werden der Bevölkerung Hilfe und Informationen rund um das Thema Graffiti geboten. ■

Kontakt:

Arbeitskreis Anti-Graffiti Frankfurt Rhein Main
c/o Polizeipräsidium Frankfurt am Main
Adickesallee 70
60322 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 755-43600

www.anti-graffiti-rheinmain.de

Arbeitskreis „Planung und Sicherheit“



Auch wenn Kriminalität vor allem im sozialen Bereich begründet liegt, ist eine Wechselwirkung mit dem räumlichen Umfeld, in dem Straftaten entstehen, unbestritten. Sei es, dass die Örtlichkeit besonders günstige Tatbedingungen für den Täter bietet oder sei es, dass die Örtlichkeit den Passanten subjektiv verunsichert und zu einem geeigneten Opfer werden lässt.

Die Berücksichtigung kriminalpräventiver Belange bereits bei der Stadtplanung und bei der Realisierung von Bauvorhaben ist daher nur folgerichtig. Denn nur hier können auf Dauer zukünftige Tatorte und Angst-Räume vermieden werden, was nicht zuletzt zu mehr Lebensqualität und weniger Strafdelikten beitragen kann.

Die Implementierung kriminalpräventiver Belange erfolgt dabei gemeinsam zwischen Präventionsrat, Polizei und Stadtplanung. Aber auch Bauaufsicht, Architekten und Bauträger können maßgebend zur Umsetzung von Sicherheitsbelangen bei der Gestaltung von Bauvorhaben beitragen:

1. Pilotprojekt Dornbuschhöfe

In einem gemeinsamen Pilotprojekt gelang es dem Präventionsrat und dem Polizeipräsidium ein Sicherungskonzept bei dem Wohnungsbauprojekt „Dornbuschhöfe“ konkret umzusetzen. Zuvor wurden in Gesprächen mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Hessen mbH (GWH) kriminalpräventive Aspekte besprochen, die man dann bei der Planung berücksichtigte und beim Bau umsetzte. Dafür erhielt das Wohnprojekt das polizeiliche Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“, das eine Wertsteigerung für den Käufer als auch für den Verkäufer darstellt. Gespräche mit der Versicherungsbranche, die Sicherheitsstandards bei der Bemessung der Versicherungsbeiträge zu berücksichtigen, sind vorgesehen. Sicherheitsdezernent Schwarz forderte auch die anderen städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf, ähnlich bei deren Bauvorhaben zu verfahren.

2. Arbeitskreis „Planung und Sicherheit“

Um bei den laufenden Stadtplanungsvorhaben Belange der Kriminalprävention einzubringen, fand sich eine Arbeitsgruppe,

bestehend aus Vertretern der Polizeilichen Beratungsstelle, der Einsatzabteilung der Polizei, der Geschäftsstelle des Präventionsrates und des Stadtplanungsamtes zusammen. In regelmäßigen Treffen werden relevante Planungen aus dem Blickwinkel der Sicherheit erörtert. Das ständige Werben für die praktische Umsetzung von sicherheitsrelevanten Grundsätzen und Leitlinien bei Bauherren, Architekten und Stadtplanern sind dabei wichtige Schritte.



3. Frühzeitige Beteiligung bei der Bauleitplanung

Das neue Baurecht lässt nicht erst eine Beteiligung bei der förmlichen Einbindung der Träger öffentlicher Belange, sondern schon in einem frühen Stadium der Bauleitplanung zu. Der Arbeitskreis „Planung und Sicherheit“ sorgte dafür, dass die Polizei bei diesem neuen Verfahren auf den Verteiler gesetzt wurde. ■



Kontakt:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35443
Fax: (069) 212-31455

E-Mail:

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Arbeitskreis „Sport + Gewalt + Prävention“



Workshop Sport + Gewalt + Prävention

Fairer Wettstreit um den Ball – gewaltfreier Sport, das wollen der Präventionsrat, das Sportamt und der Sportkreis Frankfurt in Zusammenarbeit mit der Sportjugend Hessen erreichen. Zu häufig enden Fußballspiele mit einer Schlägerei, werden Spieler vorsätzlich verletzt und steht die körperliche Auseinandersetzung und nicht das positive Messen der Kräfte und Fähigkeiten im Vordergrund.

Workshop Sport + Gewalt + Prävention:

Im Workshop Sport + Gewalt + Prävention haben sich die drei Institutionen mit diesem Phänomen befasst und Lösungen diskutiert. Einig waren sich die ca. fünfzig Funktionäre, Trainer und Spieler aus dem Bereich Fußball, dass die einzelnen Vorkommnisse nicht dramatisiert, aber auch nicht heruntergespielt werden dürfen.

„Durch Regeln im Sport und in der Anerkennung und Respektierung von Spielregeln, insbesondere bei den Spielsportarten, werden auch harte Auseinandersetzungen und kämpferische Akzente in den Geist der Fairness gestellt. Regeln und Fairness sind daher präventiv.“

Arbeitskreis „Sport + Gewalt + Prävention“

Fairnesspreis:

Ein Vorschlag aus dem Workshop wurde von dem Arbeitskreis aufgegriffen und zwischenzeitlich umgesetzt. Ein Fairnesspreis, der unter dem Motto „Fair handeln – Fair teilen – Fair spielen“ steht, wurde eingeführt. Fairness verbindet, spricht alle an und spricht für alle. Sport und Fairness stellen alle auf die gleiche Stufe, ganz gleich welcher Herkunft und kultureller Ausprägung. Vorgestellt und erstmals verliehen wurde der Fairnesspreis im Rahmen des Präventionsprojektes „Nachtsport in Frankfurt“. Vereine und Institutionen können bei Turnieren und Sportveranstaltungen einen solchen Preis ausloben.

Weitere Projekte der Stadt Frankfurt am Main im Bereich von Sport + Gewalt + Prävention hat der Arbeitskreis im Rahmen des Deutschen Präventionstages 2006 in Nürnberg vorgestellt.



Tischtennisturnier in Sossenheim

„Ziel der AG Sport ist es, sportliche Aktivitäten im Stadtteil zu fördern und den Kontakt zwischen den einzelnen Trägern zu verbessern.“

Klaus Deigert

Sportsozialarbeit:

In einer Sitzung des Regionalrates Sossenheim wurde diskutiert, inwieweit Sportangebote Jugendliche sinnvoll beschäftigen und somit sucht- und gewaltpräventiv wirken können. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit mit örtlichen Sportvereinen, Schulen, den vor Ort bestehenden Jugendinitiativen und dem Jugendamt wurden verschiedene Projekte, so z. B. ein Tischtennisturnier und eine örtliche Tischtennis AG, angestoßen und gefördert. Insgesamt zeigte sich, dass alleine der persönliche Kontakt von wesentlichen „Akteuren der Kriminalprävention“ im Stadtteil zu nicht unerheblichen Effizienzverbesserungen geführt hat. ■

Kontakt:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35443
Fax: (069) 212-31455

E-Mail:
praeventionsrat@stadt-frankfurt.de



Sicherheitskoordination Innenstadt (SKI)

Regionalräte



Die Innenstadt ist das Herz Frankfurts und besitzt für alle Frankfurter, Besucher, Touristen und Pendler eine große Anziehungskraft. Um deren Sicherheit zu gewähren, wurde mit Magistratsbeschluss vom 1. September 1999 und auf Grund einer entsprechenden Umsetzungsvereinbarung zwischen dem Magistrat der Stadt Frankfurt am Main und dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main die Arbeitsgruppe Sicherheitskoordination Innenstadt gegründet.

Polizei und jeweils ein Vertreter der Geschäftsstelle des Präventionsrates, des Ordnungsamtes, des Straßenbauamtes und des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten beraten einmal monatlich die Sicherheitslage der Innenstadt. Nach einer eingehenden Problemanalyse werden erforderliche Maßnahmen und Strategien abgeprochen und umgesetzt. Diese Vorgehensweise garantiert eine koordinierte und effektive Kriminalitätsbekämpfung und ermöglicht, auch auf akute und diffizile Gefährdungssituationen schnell zu reagieren.

Beispiele aus der Arbeit:

- Situation und Umfeldverbesserung im Quartier Allerheiligenstraße
- Konzertierte Aktion zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und der Situation in der Münchener Straße
- Videoüberwachung Konstablerwache
- Maßnahmen gegen Hütchenspieler sowie die Begleitkriminalität im Umfeld des Hütchenspielermilieus
- Situation der illegalen Prostitution, Maßnahmen gegen Touristinnen, die illegal als Prostituierte arbeiten
- Gespräche mit Vertretern des Handels und des Gewerbes in der Innenstadt
- Maßnahmen gegen Drogendealer
- Präventionsaktionen zur Bekämpfung der Kriminalität bei Delikten wie Trick- und Taschendiebstahl und Kfz-Einbruch ■

Kontakt:

Geschäftsführung der SKI
 Polizeipräsidium Frankfurt am Main
 Polizeidirektion Mitte
 Gutleutstraße 112
 Tel.: (069) 755-41008
 Fax: (069) 755-41009

Die regionalen Präventionsräte – kurz Regionalräte genannt – sind freiwillige Stadtteilarbeitsgemeinschaften, die der Gewalt und Kriminalität präventiv vor Ort begegnen. Sie sind wichtige Bestandteile des Frankfurter Präventionsnetzwerks, da sie behördenübergreifend arbeiten und die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Sachverstand aktiv in die Präventionsarbeit einbinden. Dies geschieht insbesondere durch die Nutzung und Vernetzung der vorhandenen örtlichen Institutionen und sozialen Einrichtungen, die in den Regionalräten repräsentativ vertreten sind:

- Vereine
- Verbände
- Kirchengemeinden
- Gewerbevereine
- Soziale Einrichtungen und Institutionen
- Kinder- und Jugendeinrichtungen
- Schulen
- Parteien
- Wohnungsbaugesellschaften
- Polizei
- Stadtverwaltung

Durch die zielgerichtete Sammlung, Auswertung und Verbreitung von Informationen zur Kriminalitätsvorbeugung, durch die Initiierung und Unterstützung von Stadtteilprojekten sowie durch die Förderung von sozialen Strukturen und der Identifikation mit dem Stadtteil wird vor Ort ein Umfeld geschaffen, das kriminelle Handlungen wesentlich erschwert oder gar nicht erst möglich macht.

Beispiele aus der Arbeit der Regionalräte:

Durch die „Aktuelle Viertelstunde“, die als erster Tagesordnungspunkt jede Regionalratssitzung eröffnet, werden alle Mitglieder über relevante Probleme, Tendenzen und Vorfälle im Stadtteil schnell und aus erster Hand informiert. Dadurch, dass alle Handlungsträger im Regionalrat an einem Tisch sitzen, werden nicht selten durch diesen unmittelbaren Informationsaustausch bereits Lösungsansätze angestoßen (Beispiel: der Vertreter eines Kindergartens berichtet von dem Aufenthalt Unbefugter auf dem Kindergarten Gelände in den Abendstunden – der ebenfalls anwesende Polizeirevierleiter berücksichtigt diese Information in den Einsatzplänen).



Beispiele aus der Projektarbeit der Regionalräte:

- Erhebungen zur Erforschung von Sicherheitsbedürfnissen und Ursachen von Gewalt (Bürgerumfrage über strukturelle Probleme durch den Regionalrat Frankfurter Berg, Umfrage „50+“ zur Sicherheit und besonderen Lebenslagen der über Fünfzigjährigen durch fast alle Regionalräte, Schülerumfrage zur Gewalt an Schulen)
- Informationsveranstaltungen
- Müllsammelaktionen (z. B. Schwanheim macht Putz)
- Aktionsveranstaltungen zu sicherheitsrelevanten Themen („Gewalt-Sehen-Helfen“ – Aktionstag an U-Bahn-Stationen, Fahrradaktionstage „Rund ums Fahrrad“)
- Bürgersprechstunden in Kooperation mit den Polizeireviere
- Begehungen im Stadtteil zu sicherheitsrelevanten Themen (Jugendschutz, Sicherheit für ältere Bürger)
- Informationen und Aktionen (Quiz u. a.) auf Stadtteilfesten
- Lokale Sicherheitskonzeptionen z. B. für Ladeninhaber/-innen

Aufgaben:

- Kriminalitätsverursachende Problemlagen vor Ort ermitteln
- Lösungsstrategien erarbeiten und umsetzen
- Lokalen Konflikten vorbeugen
- Wertebewusstsein stärken
- Information, Beratung und Aufklärung
- Vermittlung von sozialer Verantwortung
- Identifikation mit dem Heimatstadtteil



Regionalräte im Kurzporträt

Koordination und Service

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Info-Tel.: (0 69) 2 12-35443

Besonderheiten:

Regionalräte sind freiwillig und räumlich ausschließlich auf den Stadtteil bezogen. Der Wunsch, einen Regionalrat zu gründen, muss aus dem Stadtteil kommen und setzt besonderes Engagement voraus. Die Beschlüsse werden im gegenseitigen Einvernehmen getroffen. Die vernetzte, behördenübergreifende Zusammenarbeit ermöglicht eine schnelle Feststellung kriminalitätsverursachender Problemlagen und die unbürokratische Umsetzung notwendiger Lösungsstrategien. Die Arbeit in den Regionalräten trägt dazu bei, dass langfristig das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger gestärkt wird und ein gemeinsames „Wir-Gefühl“ im Stadtteil entsteht. Diese Stärkung des Gemeinsinns ist ein stabilisierender Faktor für ein solidarisches Zusammenleben und wirkt dauerhaft der Entstehung von Kriminalität vor Ort entgegen. ■



Regionalrätekonferenz

14 Regionalräte in Frankfurt am Main, Stand: 1. Januar 2006:

Bergen-Enkheim	gegründet Juni 1998
Fechenheim	gegründet Februar 1999
Frankfurter Berg	gegründet November 1999
Gallus	gegründet Februar 2003
Goldstein	gegründet November 1998
Griesheim	gegründet Oktober 1998
Nied	gegründet Februar 1998
Nieder-Eschbach / Am Bügel	gegründet Januar 1998
Niederrad	gegründet April 2003
Oberrad	gegründet Februar 1999
Schwanheim	gegründet Mai 1998
Sindlingen	gegründet September 1998
Sossenheim	gegründet Mai 1997
Zeilsheim	gegründet November 1997

Regionalrat Bergen-Enkheim

Von den 17.224 Bewohnern von Bergen-Enkheim fühlen sich 83% sicher und das zeigt, dass hier die Welt noch in Ordnung ist. Gleichwohl blieb der Stadtteil auch vom Wohnungseinbruch nicht verschont. Deshalb legt der Regionalrat Bergen-Enkheim viel Wert auf Information und Aufklärung und sucht bei seinen öffentlichen Beratungsveranstaltungen den engen Kontakt zum Bürger.

Beispiele aus der Arbeit:

- Start des Projektes „Nachbar schützt den Nachbar“
- Herausgabe des Jugend- und Stadtteilführers „Was geht ab in Bergen-Enkheim?“
- Umfrage „50+ im Stadtteil“
- Jugend- und Seniorenschutzbegehung
- „Anonymität hilft Einbrechern“ Informationsstand in Bergen zum Schutz vor Einbruchdiebstahl
- Sicherheitsveranstaltung für Seniorinnen und Senioren auf dem Berger Markt

- Unterstützung der Veranstaltung „Bergen-Enkheim liest“ ■



Regionalrat Fechenheim

Fechenheim ist ein Frankfurter Gemisch: Ein dörfliches Zentrum konkurriert mit Nachkriegsiedlungen, Industriefassaden mit dem idyllischen Mainbogen. Bevölkerungsfuktuation, Generationenkonflikte und Jugendarbeitslosigkeit verursachen Probleme im nachbarschaftlichen Zusammenleben, um die sich der Regionalrat engagiert kümmert. Sein „Runder Tisch“ zu den Ursachen von Jugendkriminalität trägt mit seinen Beiträgen auch ein wichtiges Stück zur Verbesserung der Stadteilkultur bei.

Beispiele aus der Arbeit:

- Sicherheitsberatung für Bürgerinnen und Bürger
- Einrichten des AK „Runder Tisch Jugend“
- Installierung des AK „Dietsheimer Straße“, der sich mit der Problematik zwischen Anwohnern und Jugendlichen befasst
- Jugendschutzbegehung im Stadtteil
- Informationsstände bei Fischerfest und Weihnachtsmarkt

- Jährliche „Fechenheimer Lesung“ zu verschiedenen Themen
- Verleihung des Nachbarschaftspreises an die Schüler der Heinrich-Kraft-Schule
- Regelmäßige Jugendseite im Fechenheimer Anzeiger
- Konfliktmediation Anwohner und Schüler der Heinrich-Kraft-Schule
- Veranstaltung von mehreren Stadtteil- und -spielfesten ■



Regionalrat Frankfurter Berg

Das Nebeneinander verschiedener Siedlungsformen und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, die in einem Stadtteil ohne städtebaulichen Stadtmittelpunkt zusammenleben, kennzeichnen den Frankfurter Berg. Dabei ist der Stadtteil mit der neuen Siedlung Edwards-Garden immer noch am Wachsen. So stehen das Projekt „Miteinander“, mit dem die Bürger am Frankfurter Berg zusammengeführt



werden sollen, und das selbst verwaltete Bürgerzentrum im Mittelpunkt der Regionalratsarbeit.

Beispiele aus der Arbeit:

- Konzeption und Durchführung einer repräsentativen Bürgerumfrage zur Wohnbevölkerung, zur Bedeutung von ansässigen Institutionen für die Lebensqualität und zu den Anforderungen an die Infrastruktur als Grundlage für die Regionalratsarbeit
- Informationsveranstaltungen zu Einbruchschutz und städtebaulichen Maßnahmen
- Informationsstand des Regionalrates am Weihnachtsmarkt
- Initiative zur Schaffung eines Bürgerzentrums als zentrale Begegnungsstätte für den Stadtteil mit Verwaltung durch den Regionalrat
- Maßnahmen zur Verbesserung der Jugendarbeit ■

Regionalrat Goldstein

Goldstein wird geprägt durch das Nebeneinander einer Vielzahl von Einfamilienhäusern und den Hochhäusern der Siedlung „Heisenrath“. Einen Stadtmittelpunkt gibt es nicht. Diese Ausgangssituation hat die Arbeit des Regionalrates bestimmt. Gemeinsames Ziel der Arbeit ist es, die Bewohner einander näher zu bringen, die Wohnsituation zu verbessern und Konflikte vorzubeugen.

Beispiele aus der Arbeit:

- Umfrage zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Goldstein
- Probleme bei der Einbindung junger Migrantinnen in den schulischen Ablauf
- Aktionen im Goldsteinpark: Boule-Turniere
- Umfrage „50+“
- Lebens- und Einkaufssituation älterer Bürger
- Unterstützung des Kinderfestes im Goldsteinpark und am Heisenrath
- Einbindung von Jugendlichen in den Regionalrat

- Information zur häuslichen Gewalt und zur Lage in Goldstein
- Stärkung des Goldsteiner Marktes
- Neue Fußballtore auf dem Spielplatz Hennriette-Fürth-Straße
- Jugendschutzbegehung
- Suchtpräventionsaktion an der Carl-von-Weinberg-Schule ■



Regionalrat Gallus

Wie eine wirtschaftliche Achse zieht sich die Mainzer Landstraße quer durch den Stadtteil. Gallus hat unter dem Verschwinden von Produktion und Handwerk gelitten. Der hohe Migrantenanteil an der Bevölkerung erfordert große Integrationsanstrengungen. Die zielgerichtete Zusammenarbeit in den Arbeitsgruppen des Regionalrates verdeutlicht den Willen der Bewohner, sich engagiert für die



Verbesserung der Sicherheit, Lebens- und Wohnqualität einzusetzen, und es sind schon zahlreiche Probleme angegangen und teilweise aus dem Weg geräumt worden.

Beispiele aus der Arbeit:

- Gründung der Arbeitskreise „50+“, „Galluspark“ und „Interkultureller Dialog“
- Stadtteilweite Jugendschutzbegehung
- Konzept und Durchführung eines interkulturellen Stadtfestes
- Initiative zur Entwicklung eines Programms für betreute Spielplätze
- Initiative und Beteiligung bei der Durchführung regelmäßiger Polizeisprechstunden
- Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage des Gewerbes vor Ort
- Stadtteil- und Verschönerungsaktion mit der Paul-Hindemith-Schule „Gesichter unserer Stadt“
- Seniorenveranstaltung „Zeitzeugen berichten“
- Konfliktmediation im Rahmen des Zusammenlebens mit Sinti und Roma ■

Regionalrat Griesheim

Griesheim ist nicht zuletzt wegen seiner guten Erreichbarkeit von der Innenstadt und dem Hauptbahnhof aus ein bunter und pulsierender Stadtteil. Auch wenn sich daraus Konflikte und Probleme ergeben, ist das Griesheimer Stadtleben durch Solidarität und Zusammenhalt geprägt. Nicht nur im Regionalrat ist der Stadtteil außergewöhnlich gut vernetzt. Problemlösungen werden im Regionalrat pragmatisch, engagiert und unbürokratisch angegangen.

Beispiele aus der Arbeit:

- Jugendschutzbegehung in Sachen Alcopops und Internetcafés
- Gemeinsamer Informationsstand mit der Polizei auf der Gewerbeschau
- Initiative zur Einrichtung einer mobilen Drogenberatung
- Initiative zur Errichtung einer SOS-Notrufsäule am Griesheimer Bahnhof
- Initiative für eine bessere Fußwegausleuchtung

- Maßnahmenmanagement und Vermittlung bei massiven Nachbarschaftskonflikten
- Entwurf und Umsetzung eines Sicherheitskonzeptes für Ladeninhaber
- Mitorganisation von Aktionstagen zum Thema Sicherheit rund ums Fahrrad
- Initiative und Mitwirkung bei Bürgersprechstunden der Polizei
- Umfrage „50+“ ■



Regionalrat Nied

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs hat sich die bebaute Fläche von Nied verdreifacht und zahlreiche Wohnquartiere haben den Stadtteil verändert. Auch wenn Nied keine außergewöhnliche Kriminalitätsbelastung aufzuweisen hat und mit sozialen Einrichtungen gut versorgt ist, gilt es, im Regionalrat auf aktuelle Vorkommnisse zu reagieren und Brennpunkte zu verhindern.


Beispiele aus der Arbeit:

- Auflage eines Stadtteilführers als Orientierungshilfe für Neubürger und als Anregung für Alt-Nieder zur Nutzung von Stadtteilangeboten
- Unterstützung von offenen Sportprojekten bzw. -angeboten für Kinder und Jugendliche
- Jugendschutzbegehung in Sachen Internetcafés
- Initiative und Mitwirkung bei Bürgersprechstunden der Polizei
- Informationsveranstaltung zum Thema Sicherheit für Senioren
- Maßnahmen gegen wilde Müllablagerungen bei einer problematischen Liegenschaft
- Informationsveranstaltungen zu relevanten Sicherheitsthemen
- Informationsstand auf Stadtteilstadtteilfest ■

Regionalrat Niederrad

Alter Ortskern, Bürostadt, Stadion und die Großsiedlung „Im Mainfeld“, das sind Kennzeichen des Stadtteils. So vielfältig ist der Stadtteil, so unterschiedlich sind die Kriminalitätsursachen für die unterschiedlichen Deliktfelder. Die enge Zusammenarbeit mit der Vereinswelt, dem Projekt Soziale Stadt und dem Ortsbeirat 5 haben zu einer effizienten Koordinierung notwendiger Projekte und Maßnahmen beigetragen.

Beispiele aus der Arbeit:

- Kriminalitäts- und Sozialraumanalyse
- Durchführung der Befragung „Sicherheit und besondere Lebenslagen älterer Menschen im Gallus“
- Seniorenschutzbegehung und Untersuchung von Schwachstellen aus dem Blickwinkel älterer Menschen
- Vortrag zum Thema Maßnahmen und Projekte zur Suchtvorbeugung bei Kindern und Jugendlichen
- Schwerpunktthema Kinder, Jugendliche und Vereine (Wie holen wir die Kinder von der Straße?)

- Grundsätzliche Untersuchung zur Situation der Siedlung im Mainfeld und Unterstützung der Implementierung der Sozialen Stadt und weitere Projekte zur Jugendarbeit und sozialen Integration
- Umfassende Jugendschutzbegehung mit Schwerpunkt Gaststätten und Internetcafés
- Informationssitzung WM 2006 und Sicherheitslage im Stadtteil ■


Regionalrat Nieder-Eschbach/Am Bügel

Nieder-Eschbach unterteilt sich in den alten Ortskern mit dörflichen Strukturen und der Hochhaussiedlung Am Bügel, die wiederum völlig anders strukturiert ist. Während im alten Ortskern das Geschehen auf den Schulgeländen und auf den Schulwegen Anlass zu Diskussionen gab, waren für den Bügel Themen wie Integration der nichtdeutschen Anwohner und Maßnahmen zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens von zentraler Bedeutung.


Beispiele aus der Arbeit:

- Informationsveranstaltungen zu verschiedenen sicherheitsrelevanten Themen
- Konzeption und Durchführung eines Interkulturellen Stadtteilstadtteilfestes Am Bügel
- Maßnahmen zur Belebung des Freitagsmarktes Am Bügel
- Informationsstand am Weihnachtsmarkt
- Initiative und Mitwirkung bei Bürgersprechstunden der Polizei
- Initiativen für mehr Sicherheit auf den Schulgeländen und den Schulwegen der Otto-Hahn-Schule und der Michael-Grzimek-Schule
- Initiative für eine bessere Ausleuchtung der Wohnsiedlung Am Bügel
- Durchführung der Umfrage „50+“; Mitentwicklung und Umsetzung eines Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung der Sicherheit und Lebenslagen älterer Menschen
- Teilnahme an den Tagen der offenen Tür der Otto-Hahn-Schule mit einem Informationsstand ■

Regionalrat Oberrad

Die Kriminalitätslage in Oberrad weist seit Jahren keine Besonderheiten auf und der Regionalrat hat daher sein Augenmerk auf aktuelle Stadtteilereignisse und die Prävention in Schule und Kindergärten gelegt. Auch das Thema Vermüllung und Vandalismus sowie die soziale Entwicklung des Stadtteils sind Bestandteile der Sitzungstagesordnungen.

Beispiele aus der Arbeit:

- Informationsveranstaltung zur Einführung des Euro
- Umfrage Angst-Räume
- Gemeinsame Spielplatzaktion Gruneliusstraße und Initiative zur Umbenennung in Waltraud Müller-Alizadeh Platz
- Patenschaft für Aktion Gesunde Klasse der Gruneliuschule
- Jugendschutzbegehung
- Einsatz für den Bücherbus
- UNICEF-Aktion am Stadtteilstadtteilfest
- Kontinuierliche Information der Bürger

- Sicherheitsbegehungen und Einleitung von Maßnahmen aufgrund einer Flugblattbefragung der Bewohner
- Information über das Gewaltschutzgesetz
- Maßnahmeaktion gegen Wohnungseinbruch
- Vorstellung und Erläuterung der Shell-Studie
- Beseitigung der Bauruine Glaserstraße
- Initiative für ein neues Gesamtkonzept zur Gestaltung des Mathildenplatzes ■



Regionalrat Schwanheim

Seinen dörflichen Charakter hat Schwanheim weit gehend erhalten können. Doch auch vor Schwanheim machen strukturelle Änderungen im Straßenbild wie Internetcafés, Wettbüros etc. mit allen kriminalitätsverursachenden Folgeerscheinungen nicht Halt. Besonderes Augenmerk legt der Regionalrat darauf, Konfliktsachen bereits im Keim aufzugreifen. Schwanheim als Heimat für alle zu bewahren



und Jung und Alt Lebensqualität zu gewährleisten, ist oberste Leitlinie im Regionalrat.

Beispiele aus der Arbeit:

- Sicherheitsbegehung und Umsetzung der Ergebnisse
- Untersuchung zu „Angst-Räume in Schwanheim“
- Auseinandersetzung mit der Wohnsituation im Schwanheimer Westen
- Fahrradaktionstag „Rund ums Rad in Schwanheim“ mit Fahrradcodierung
- Durchführung der gemeinsamen Müllsammelaktion „Schwanheim macht Putz“
- Fortbildungsveranstaltungen „Kinder stark machen“ und „Gewalt in der Familie“
- Umfrage „50+“
- Gründung des Runden Tisches „Jugendliche im Stadtteil“
- Installation von Selbstbehauptungs- und Verteidigungskursen für Mädchen und Frauen ■

Regionalrat Sossenheim

Sossenheim ist der Stadtteil der Siedlungen und rund um den alten Ortskern gruppieren sich mittlerweile sechs Siedlungen. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Regionalrates ist daher dafür zu sorgen, dass das nachbarschaftliche Zusammenleben in den Quartieren immer konflikt- und störungsfrei abläuft. Dabei arbeitet der Regionalrat eng mit den Mietervereinen und dem Projekt Soziale Stadt zusammen. Besonders auch die Schulen und Vereine sind das Rückgrat für die präventive Arbeit im Stadtteil.

Beispiele aus der Arbeit:

- Initiative und Umsetzung des Konzeptes zur besseren Beleuchtung des Cäcilia-Laut-Parks
- Befragungsaktion „50+“ zur Sicherheits- und Lebenslage älterer Menschen
- Initiative und Umsetzung eines Sportpräventionsprogramms
- Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit auf dem Gelände der SG Sossenheim
- Projekt „Jugendliche gestalten die Robert-Dißmann-Straße“

- Konzeption und Umsetzung eines Sicherheitskonzeptes für die Toni-Sender-Straße
- Unterstützung der Eduard-Spranger-Schule bei der Einrichtung einer Videoüberwachung und einer pädagogischen Sprechstunde für junge Migrantinnen
- Gewaltpräventionsprojekt an Sossenheimer Kindertagesstätten
- Gründung einer AG „Junge Migrantinnen“
- Stadtteilbegehung zum Thema Jugendschutz ■



Regionalrat Sindlingen

Frankfurts südwestlichster Stadtteil weist im südlichen Teil den alten Ortskern und im Norden Neubausiedlungen auf. Der Regionalrat in Sindlingen wurde aus dem vorhandenen Runden Tisch gegründet und dies zeigt, dass man in Sindlingen gewohnt ist, miteinander zu reden und zu arbeiten. Besonders achtet der Regionalrat auf die Gewährleistung einer gut funktionierenden Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil, da sinnvolle Freizeitangebote einen



wichtigen Beitrag zur Kriminalitätsreduzierung leisten.

Beispiele aus der Arbeit:

- Herausgabe eines Stadtteilführers
- Sicherheitsmaßnahmen gegen Ladendiebstahl
- Jugendschutzbegehung
- Aktion „Rund ums Fahrrad in Sindlingen“ in Zusammenarbeit mit dem LKA Hessen (Fahradcodierung)
- Informationsstand beim Ranzenbrunnenfest mit der Polizei
- Elternabend zum Thema „Gewalt-Sehen-Helfen“
- Aufarbeitung von Ausschreitungen bei einem Straßenfußballturnier; Einleitung eines Mediationsverfahrens
- Informationsstand mit Jugendschutzquiz bei der Einweihung des Spielplatzes an der Hermann-Brill-Straße
- Initiierung von Deeskalationsmaßnahmen im Nachbarschaftskonflikt Bürgerhaus – Lärmbelästigung Richard-Weidlich-Platz
- Einrichtung einer Bürgersprechstunde in Sindlingen ■

Regionalrat Zeilsheim

Der westlichste Stadtteil hat keine Wohnsilos, sondern überschaubare Wohnquartiere und verfügt über eine zentrale Stadthalle. Obwohl Zeilsheim über ein reges Vereinsleben verfügt, mangelt es an Angeboten für offene Jugendarbeit. Deshalb hat sich der Regionalrat Zeilsheim schwerpunktmäßig für die Verbesserung der Jugendarbeit und Einrichtung eines Jugendzentrums im Stadtteil eingesetzt und hofft durch attraktive Freizeitangebote die Jugendlichen von der Straße zu holen und somit Konflikte zu reduzieren.

Beispiele aus der Arbeit:

- Einrichtung eines Jugendbüros
- Aufbau eines Schülerclub-Jugendbistros an der Käthe-Kollwitz-Schule
- Umfrage „50+“
- Initiative für einen Ortsdiener
- Jugendschutzbegehung
- Installation eines Fitness-Parcours zur Imageverbesserung des Stadtteils

- Initiierung von Begehungen durch das Ordnungsamt zum Thema „Sauberkeit im Stadtteil“
- Umsetzung des Projektes „Jugendräume für Zeilsheim“
- Einführung einer Bürgersprechstunde der Polizei
- Konzeption und Umsetzung eines Sicherheitskonzeptes für die Stadthalle Zeilsheim ■



Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“



Frankfurt am Main (pia) – An einer Bushaltestelle beobachtet Frau A., wie drei junge Männer eine ältere Frau anrennen. Plötzlich versucht einer der Jugendlichen, der Frau die Handtasche zu entreißen. Frau A. wendet sich mit lauter Stimme an die Umstehenden: „Helfen Sie! Greifen Sie ein! Die Frau braucht Hilfe! Sie da mit der gelben Jacke, holen Sie die Polizei!“ Sogleich ändert sich die Situation: Die Passanten reagieren auf die Aufforderungen, verständigen sich untereinander und vertreiben die Täter.

Solche mutigen Hilfeleistungen sind in Wirklichkeit selten. Zu oft schauen Menschen weg, wenn andere in Not sind. In Frankfurt wird dagegen etwas getan:

„Wir wollen gegen die Unkultur des Wegschauens eine Kultur des Hinschauens entwickeln und gesellschaftliche Solidarität gegen Gewalt einfordern. Dazu wollen wir gesamtgesellschaftlich für eine solidarische Stadtgesellschaft werben und Zivilcourage stärken, ...“

... so Oberbürgermeisterin Petra Roth bei der Vorstellung der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ im Oktober 1997, die die Stadt und Polizei initiierte, der Präventionsrat der Stadt Frankfurt am Main koordiniert und bis heute das gesellschaftliche Leben in Frankfurt begleitet.

• Hinschauen und Helfen lernen ...

Der Schwerpunkt der Aktion liegt auf Vermittlung von Informationen zum aktiven Helfen. Die Förderung der Helferkompetenz steht daher im

Mittelpunkt der Kampagne, damit die Bevölkerung erlernen kann, wie anderen in Konflikt- und Gewaltlagen geholfen werden kann, ohne dass man sich selbst gefährdet.

• Helferkompetenz kann erworben werden ...

Seminare, Multiplikatorenschulungen, Zielgruppenveranstaltungen bieten vielfältige Schulungs- und Informationsmöglichkeiten z. B. bei: VHS, Zentrum Familie, Polizei, Kinderbüro und Geschäftsstelle des Präventionsrates.

• Die Kampagne betrifft jeden ...

Die Kampagne unterscheidet sich wesentlich von bisherigen Sicherheitskonzepten: Sie wendet sich nicht in erster Linie an Opfer oder Täter, sondern an alle Bürgerinnen und Bürger, denn sie können jederzeit Zeuge oder Beobachter einer Gewaltsituation sein. Jedem Bürger muss deutlich werden, dass Schutz vor Kriminalität nur mit ihm möglich ist.

• Mitmachen und andere für die Kampagne gewinnen ...

Eine solidarische Stadtgesellschaft bedarf der Mitwirkung aller und daher ruft die Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ mit Plakaten und Flyern zum Mitmachen auf und unterstreicht die Notwendigkeit, Zivilcourage im Alltag zu zeigen. Deshalb stehen die Akteure der Kampagnen auch im ständigen Kontakt zu allen gesellschaftlichen Institutionen der Stadt.

• Auch Frankfurts Schulen sind aufgerufen ...

Gewalt, Mobbing und Ausgrenzung machen auch vor Schulen nicht Halt. Mit der Aktion „Cool sein – cool bleiben“, dem Frankfurter Schultheaterstudio, dem Schulmediationsprogramm (Konfliktvermittler) und dem Friedenspreis für Frankfurts Schulen gibt es ein breites Angebot an Konzepten, die im Rahmen der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ im und außerhalb des Unterrichts eingesetzt werden und zum sozialen Frieden in den Schulen beitragen.

• Die Kampagne stößt auf breites Echo ...

Mittlerweile haben zahlreiche Städte die Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ übernommen:



Kassel, Wiesbaden, Offenbach, Gießen, Fulda, Hanau, Chemnitz und andere Städte haben Bausteine der Kampagne für sich verwendet. Das Land Hessen wirbt mittlerweile landesweit für die Aktion und beteiligt sich maßgeblich bei der weiteren Koordination der Maßnahmen.

• Einige Zahlen zur Kampagne:

Das Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen befragte die Bürgerinnen und Bürger über die Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“. Das Ergebnis: 55% der Bevölkerung kannten bereits nach einem Jahr die Kampagne. Insbesondere die Plakatierung, aber auch die Berichterstattung in den Medien hat zu dieser Wirkung beigetragen. Drei Viertel der Bevölkerung halten eine solche Aktion für notwendig. Etwa jeder Dritte, der befragt wurde (etwa 30%), hatte in seinem Leben eine Straftat beobachtet. 70% dieser Personengruppe hätten gerne mehr darüber gewusst, wie man sich richtig verhält. Und über 30% aller Befragten haben durch die Kampagne Informationen erhalten, wie man helfen kann.

• Vieles wurde auf den Weg gebracht ...

Plakate, Flyer-Aktion, „Cool sein – cool bleiben“, jährlich Stundenpläne für alle Schüler, Medienkisten für die Schulen, Gewalt-Sehen-Helfen-Sticker, Caps, Promotionbänder, Einkaufschips,

Schiebespiele, Baumwolltaschen, Uhren, Beschriftung von Straßenbahn und U-Bahnen, Citylightboards, G-S-H-Tickets im ÖPNV, Aktion Sichereres Taxi, Crime-Stoppers (Bodengrafiken), Großflächenplakatierung, Aufkleber „Notruf 110 hier“, Kinospot, Wanderausstellungen, Dokumentationen über Gewaltprävention, überdimensioniertes Werbetransparent und Webbanner, Gewalt-Sehen-Helfen Zelt und Infostände, Anzeigen mit Plakatsmotiven, SOS-Notfallkarten, Brötchentüten mit Aufdruck, Aktion Lesen gegen Gewalt, Verhaltensflyer für Schulen, Projekte Gewaltprävention im Kindergarten, Frankfurter Präventionstag im Jahre 2000, Seminare, Informationsveranstaltungen, Schulungen, Teilnahme an Aktionen, Stadteifesten, Vereinsfeiern, Tage der offenen Tür u. v. m. ■

Kontakt:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212-35443
Fax: (069) 212-31455

E-Mail:

praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Kriminalpräventive Frühwarnsysteme

Frankfurter „Fachkonferenz Prävention“

Seit 1999 treffen sich einmal jährlich Vertreter vieler Frankfurter Institutionen, um sich über aktuelle Erfahrungen und Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen auszutauschen. Ziel der Konferenz ist, neue gesellschaftliche Trends, Tendenzen und Veränderungen möglichst frühzeitig zu erkennen und mit Gegenstrategien darauf zu reagieren. Insbesondere die Planung von gemeinsamen Workshops zur Problemstrukturierung und Lösung ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Präventionskonferenz. Ein Ergebnis der Präventionskonferenz ist die Zusammenfassung der Angebote zur Gewaltprävention. Sie sind unter www.praeventionsrat.stadt-frankfurt.de unter dem Punkt Hilfe/Angebote zur Gewaltprävention: Seminare u. a. für jedermann zu finden.

Der Regionalkonferenz gehören an:

- Polizei
- Staatsanwaltschaft
- Amtsgericht
- Kinderschutzbund
- Dezernat Schule und Bildung
- Dezernat Jugend und Soziales
- Kinderbüro
- Staatliches Schulamt
- Drogenreferat
- Volkshochschule
- Schultheaterstudio Frankfurt
- Zentrum Familie
- Täter-Opfer-Ausgleich des Regionalverbandes
- Institut für Sozialarbeit
- Geschäftsstelle des Präventionsrates



Arbeitsgemeinschaft „Schule“ der Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“

Diese Arbeitsgemeinschaft hat die Aufgabe, die Gewaltprävention insbesondere an und mit Schulen zu koordinieren und dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Programme auf die Bedürfnisse der Schulen konzipiert und auch dort umgesetzt werden. Die AG kümmert sich auch um neu aktuell auftretende Probleme und tauscht aktuelle Kenntnisse aus Wissenschaft und Forschung aus.



Der Arbeitsgemeinschaft, die vier Mal im Jahr tagt, gehören an:

- Polizei
- Staatliches Schulamt
- Stadtschulamt
- Kinderbüro
- Kultusministerium
- Geschäftsstelle des Präventionsrates

Kontakt für die Frühwarnsysteme:

Geschäftsstelle des Präventionsrates
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 2 12-35443
Fax: (069) 2 12-3 1455

E-Mail:
praeventionsrat@stadt-frankfurt.de

Regionalkonferenz „RheinMain Sicherheit und Prävention“

27 Städte und Landkreise der Rhein Main Region von Aschaffenburg bis Mainz arbeiten seit dem 4. März 2004 auf dem Gebiet der Sicherheit und Kriminalprävention zusammen.

Mit der Sicherheitskonferenz RheinMain soll keine neue bürokratische Fachebene eingerichtet werden, sondern eine flexible, an der Praxis orientierte Zusammenarbeit entstehen, von der alle Beteiligten durch Ressourcenbündelung oder Erfahrungs- und Informationsaustausch profitieren. Dabei steht die Region Rhein-Main im Mittelpunkt. In erster Linie erfolgt der Austausch von lokalen Projekten. Soweit ein Bedürfnis besteht, werden auch Projekte, die bereits an anderer Stelle schon in Netzwerken erfolgreich arbeiten, einbezogen. Die Arbeit der Regionalkonferenz wird von externen Fachleuten und Spezialisten unterstützt, die bei Bedarf thematisch hinzugezogen werden.

Im Laufe der Arbeit zeigte sich, dass die gemeinsame Erarbeitung von Präventionsstandards und regionale Bekämpfungsstrategien von Kriminalität zunehmend an Bedeutung gewinnen.

So hat die Regionalkonferenz „RheinMain Sicherheit und Prävention“ im Rahmen eines Workshops ein Eckdatenpapier zur erfolgreichen Bekämpfung von Graffiti erarbeitet und mit einem umfassenden „Regionalprogramm Alcopops“ den Städten und Gemeinden der Region eine konstruktive Handlungsanweisung zur Verfügung gestellt, wie frühzeitigem Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen präventiv begegnet werden kann.

Kriegsspiele und Spielzeugwaffen sind weitere aktuelle Themen, denen sich die Regionalkonferenz gewidmet hat. Hier konnte den Entscheidungsträgern in den Gemeinden die notwendige Information und Rechtsgrundlage gegeben werden, wie erfolgreich gegen Veranstalter, Betreiber und Spieler von Kriegsspielen mit Schusswaffen vorgegangen werden kann.



Wie Videoüberwachung an Schulen erfolgreich und gezielt präventiv eingesetzt werden kann, hat die Regionalkonferenz mit der Vorstellung der Beispiele aus Frankfurt und Neu-Isenburg aufzeigen können. Gemeinsam wurden die Rahmenbedingungen diskutiert und sind in einen gemeinsam verabschiedeten Empfehlungskatalog aufgenommen worden, der den Mitgliedern der Regionalkonferenz zur weiteren Verfahrensweise auf den Weg gegeben wurde.

Ein wichtiges Kommunikationsmittel der Regionalkonferenz sind die vier Mal im Jahr herausgegebenen Newsletter und der Internetauftritt, der ein Ergebnis eines Projektes mit der Max-Eyth-Schule des Kreises Offenbach ist. ■

Kontakt:

Regionalkonferenz „RheinMain Sicherheit und Prävention“
Leiter: Landrat Peter Walter
Geschäftsführung:
Frank Goldberg
Kurt-Schumacher-Str. 45
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 2 12-35443

Homepage:
www.kriminalpraevention-rhein-main.de

Städtenetzwerk für mehr Toleranz und Gewaltlosigkeit



Gemeinsamer Stand auf dem 9. Deutschen Präventionstag in Stuttgart 2004

„Die erkennbare Zunahme von Gewalttaten, deren Ursprung häufig mangelnde Toleranz ist, wird von vielen Großstädten mit wachsender Sorge beobachtet. Zugleich ist festzustellen, dass Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht mehr ausschließlich gesellschaftliche Randprobleme sind, sondern in Teilbereichen ihre Wurzeln mitten in der Gesellschaft haben.“

Auf dieser gemeinsamen Erkenntnis haben am 11. September 2001 die Städte Frankfurt, Chemnitz, Düsseldorf, Koblenz, Leipzig, Lübeck, Ludwigs-

hafen und Stuttgart eine Zusammenarbeit im Rahmen eines Städtenetzwerkes unter Geschäftsführung des „Deutschen Forums für Kriminalprävention“ (DFK) vereinbart.

Aus den Präventionsprojekten anderer zu lernen und deren Erfahrungen zu nutzen, Ressourcen wirtschaftlich einzusetzen, gemeinsame Probleme zu analysieren, Lösungen zu entwickeln, diese zügig und mit möglichst hoher Erfolgsgarantie umzusetzen, das sind die Ziele dieses Städtenetzwerkes.

In dem Netzwerk sollen gemeinsame Projekte entwickelt, Ergebnisse der Präventionsarbeit der Städte dokumentiert und über gemeinsame Kommunikationsstrukturen verfügbar gemacht werden. Zu diesem Zwecke wurde ein E-Mail-Knoten bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention eingerichtet und die weitere Zusammenarbeit koordiniert. Damit ist es möglich, dass neue Projekte einzelner Städte sowohl in der Planung als auch in der Realisierungsphase zielgerichtet gesteuert und umgesetzt werden, sowie ein Austausch praktischer Erfahrungen unmittelbar und ohne administrative Hemmnisse möglich wird. Das Städtenetzwerk hat auch die Aufgabe eines „Frühwarnsystems“: Die Städte werden sich gegenseitig über erkennbare Kriminalitätstrends und Schwerpunkte informieren.

Kontakt zum DFK: www.kriminalpraevention.de ■



Gründungsversammlung am 11. September 2001

„Prävention ist keine Eintagsfliege, sondern bedarf der ständigen Kommunikation und Information.“

aus „forum kriminalprävention“

10 Jahre Frankfurter Präventionsrat – Interview

Interview mit dem Geschäftsführer des Präventionsrates Frankfurt am Main Frank Goldberg

Red.: Es gibt mittlerweile viele kriminalpräventive Räte in Deutschland. Ist ein 10-jähriges Jubiläum da etwas Besonderes?

F. G.: Viele Präventionsräte in Deutschland haben schon bald nach ihrer Gründung die Arbeit eingestellt oder sich häufig umorganisiert. Wir können auf eine personelle und strukturelle Kontinuität zurückblicken, die für den Erfolg maßgeblich war. Die Chance, in dieser Zeit Professionalität aufzubauen und die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Behörden für den Präventionsgedanken zu gewinnen, wurde genutzt. Wir haben zudem mit dem Präventionsnetzwerk ein agierendes Frühwarnsystem, um das uns viele Städte beneiden.

Red.: Welche Besonderheiten weist die Organisationsstruktur des Frankfurter Präventionsrates auf?

F. G.: Wir in Frankfurt verfügen über 14 funktionierende regionale Präventionsräte auf Stadtteilebene, die den Sachverstand der Bürger vor Ort einbinden. Mit dieser Organisationsform kann sehr schnell und unbürokratisch auf lokale Konflikte reagiert werden. Problemlösungen werden nicht auf die lange Bank geschoben, sondern ressortübergreifend sofort angegangen. Das Engagement aller Beteiligten ist dabei der Schlüssel zum Erfolg.

Red.: Welches Projekt aus der 10-jährigen Arbeit sehen Sie als besonders erfolgreich an?

F. G.: Die Förderung von Solidarität und Zivilcourage gerade in einer Großstadtdgesellschaft ist das wichtigste Thema meiner Arbeit und der Präventionsrat hat mit der hierzu entwickelten Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ bundesweit 1997 Neuland betreten. Mittlerweile haben zahlreiche Städte die Kampagne samt den Projekten übernommen oder nach Frankfurter Muster eigene

Aktionen für Zivilcourage durchgeführt. Darüber freuen wir uns – denn Zivilcourage darf nicht an Stadtgrenzen Halt machen.

Red.: Welche Aspekte müssen bei der Arbeit eines Präventionsrates spezielle Beachtung finden?

F. G.: Man braucht Impulsgeber, die den Arbeitstakt bestimmen. Ursachenanalyse, Zieldefinition, Festlegung der Verantwortlichkeit und verankertes Controlling sind wichtige Methoden, um zum gewünschten Erfolg zu gelangen.

Red.: Wer ist in Frankfurt der kriminalpräventive Impulsgeber?

F. G.: Die Regionalräte auf lokaler Ebene, die Facharbeitskreise, soweit es sich um Strategien im deliktischen Bereich handelt, und natürlich der Präventionsrat in der Gesamtverantwortung. Die Koordinierung und Steuerung übernimmt dabei die Geschäftsstelle des Präventionsrates.

Red.: Gibt es Themenfelder der kommunalen Kriminalprävention, die nach Ihrer Meinung vernachlässigt wurden?

F. G.: Kriminalprävention muss verstärkt als Frühwarnsystem anstatt als Mittel des nachrangigen Beschwerdemanagements begriffen und eingesetzt werden. Dazu zählt, dass neue negative gesellschaftliche Trends rechtzeitig auf schädigende Wirkungsweisen untersucht werden. Die Kriminalität rund um den Einsatz des Internets, die partielle Tristesse und Segregation in Stadtteilen und die latente Gewaltbereitschaft junger Menschen sind aktuelle Themen, an denen zu arbeiten ist.

Red.: Was sind Arbeitsgrundlagen, um der Kriminalität den Boden zu entziehen?

F. G.: Vermittlung und Weiterentwicklung tradierter Werte und Normen, Förderung des Gemeinnsinns und Förderung des Verantwortungs- und Pflichtbewusstseins. ■



Frank Goldberg

Fotosplitter

2. International Dragonboat Festival Frankfurt 2005

Gemeinsames Team
Ordnungsdienst und Polizei
gewinnt für „Gewalt-
Sehen-Helfen“



Hessenweit: „GEWALT-SEHEN-HELLEN“



Auftaktveranstaltung
2005 an der Hauptwache

Schülerbefragung 2005 im Schillergymnasium und in der Carl-von-Weinberg-Schule



Schüleraktionen sind
ein wichtiges Mittel
für gezielte Sucht- und
Gewaltprävention

Hessentag 2002 in Idstein



Zum ersten Mal ist das
Thema Kriminalprävention
auf einem Hessentag
vertreten

Fotosplitter

Helper-Belobigung Sindlingen 2006

Mutige Mädchen werden für ihre Zivilcourage ausgezeichnet



Tag der offenen Tür 2003 im Polizeipräsidium Frankfurt am Main



Stand der Geschäftsstelle des Präventionsrates

Müllsammelaktion 2003



Regelmäßige Aktion des Regionalrates Schwanheim

„GEWALT-SEHEN-HELFFEN“ Straßenbahn



Präsentation durch den Präventionsrat 2003

